



von Helmut Markwort

Warum deutsche Soldaten nicht an den Katzentisch gehören und was die EU im Schilde führt

Dienstag

Ein Soldat hielt eine Fahne hoch. Die schwarz-rot-goldene Flagge war das einzige nationale Symbol, als die letzten 264 deutschen Soldaten Ende Juni vom Einsatz in Afghanistan in die Heimat zurückkehrten. Kein Minister und kein Abgeordneter hat sie begrüßt. Unbeachtet schleppten sie Kisten und Ausrüstungsgegenstände übers Flugfeld im niedersächsischen Wunstorf und fuhren heim zu ihren Familien. Die Verteidigungsministerin weilte in den USA, und der Außenminister empfing in Berlin seinen jemenitischen Kollegen.

So endete der gefährlichste und 20 Jahre dauernde Auslandseinsatz der Bundeswehr. 59 deutsche Soldaten verloren ihr Leben. Der Bund zahlte für den Einsatz 12,5 Milliarden Euro, dazu 425 Millionen für humanitäre Hilfe.

Nach der Kritik an der Nichtbegrüßung ist jetzt eine Debatte darüber entbrannt, wie und wo die Soldatinnen und Soldaten vom Staat geehrt werden sollen.

Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) schlägt einen Großen Zapfenstreich im



Unbeachtet Die letzten deutschen Soldaten kommen vom Einsatz in Afghanistan zurück

Bendlerblock vor, im Hof ihres Ministeriums. Die „Frankfurter Allgemeine“ nennt diesen Ort den „Katzentisch des politischen Berlins“. Tatsächlich wäre dort die Öffentlichkeit im Wesentlichen ausgeschlossen. Eine quasi interne Feier würde der Bedeutung unserer Parlamentsarmee und den 20-jährigen lebensgefährlichen Anstrengungen nicht gerecht.

Der Bund Deutscher Einsatzveteranen schlägt deshalb einen Platz vor, auf dem eine große Veranstaltung und ein würdiges Gedenken der Gefallenen möglich ist. Die Soldatenorganisation wünscht sich die große Wiese vor dem Reichstagsgebäude mitten in Berlin. Politikern aus CDU und FDP und neuerdings auch der SPD gefällt der Plan. Nur Annegret Kramp-Karrenbauer verteidigt noch den Platz im Ministerium. Dabei müsste sie die Wiese vor dem Reichstag noch in besserer Erinnerung haben. Dort wurde ihre Vorgängerin Ursula von der Leyen (CDU) mit einem Großen Zapfenstreich verabschiedet. In aller Öffentlichkeit.

Mittwoch

Wer glaubt, die Ernennung der deutschen Politikerin Ursula von der Leyen zur Chefin der EU-Kommission bringe der Bundesrepublik Deutschland Vorteile, irrt sich gewaltig. Er ist naiv.

Mit dem Amt hat sie das Hemd gewechselt und fühlt sich als Einigkeitsprophetin der 27 Partner und als Vorkämpferin Brüsseler Dominanz. Jüngstes Beispiel für die wenig deutschfreundliche Haltung ist das Vertragsverletzungsverfahren, das die EU gegen die Bundesrepublik angestrengt hat. Es geht um die Kritik unseres Bundes-



Gegen Deutschland Ein Verfahren der EU unter von der Leyen empört deutsche Juristen

verfassungsgerichts an der Europäischen Zentralbank. Die Karlsruher Richter sehen die Rechtslage anders als der Europäische Gerichtshof in Luxemburg. Der Streit berührt die Grundlagen der europäischen Integration.

29 angesehene deutsche Staatsrechtler fordern deshalb die Bundesregierung auf, das Verletzungsverfahren zurückzuweisen. Sie sehen die Gefahr, dass Unionsorgane den Mitgliedsstaaten gegen ihren Willen Hoheitsrechte entziehen.

Die Unterzeichner des Protestes warnen davor, dass der Europäische Gerichtshof als Richter in eigener Sache entscheiden könne. Ehemalige Verfassungsrichter wie Paul Kirchhof und Andreas Voßkuhle unterstützen diese Auffassung. Voßkuhle, noch voriges Jahr Präsident des Gerichts, mutmaßt sogar, die Kommission wolle auf kaltem Weg in Europa den Bundesstaat einführen. Dies sei die tiefere Motivation des Verletzungsverfahrens. Die Regierung schweigt bisher.

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.